

**EP-S-01-311-2** Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Antragsteller\*in: Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

## Änderungsantrag zu EP-S-01

### Von Zeile 311 bis 324:

~~Afrika hat für~~ Mit der Operation Sophia vor Libyen, der EU Trainingsmission in Mali, sowie dem Ausbau von Grenzregimen im Niger tritt die EU ~~auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung. Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben,~~ stehen derzeit vor allem im Bereich der Migrationskontrolle ~~und durch~~ militärische und polizeiliche Zusammenarbeit ~~im Vordergrund in~~ Afrika auf. ~~Die~~ Das Versagen der EU Migrationspolitik wird auf afrikanische Staaten ausgelagert. Daraus entstehen jedoch keine nachhaltigen Partnerschaften auf Augenhöhe. Zudem hindert die gegenwärtige Agrar-, Fischerei-, Handels- und Ressourcenpolitik ~~laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft zuwider~~ nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung von bspw. Kleinbauern oder lokaler Fischerei Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die am meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Aufgrund der kolonialen Vergangenheit glauben wir aber, dass Europa eine besondere Verantwortung gegenüber dem Afrikanischen Kontinent trägt. Wir wollen unsere afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort ~~zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen~~ schaffen. Dies wollen wir vor allem durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb ~~schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen der~~ soll die EU ~~und Afrika vor. Kern ist~~ im Folgeabkommen zum Cotonou ab 2020 auf eine Partnerschaft setzen, die auf dem offenen und transparenten Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. ~~Um eine nachhaltige Entwicklung im gesamten globalen Süden einzuleiten,~~ Es braucht ~~es~~ eine kohärente Politik EU-Politik gegenüber afrikanischen Ländern, die sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der Aktionsagenda von

## Begründung

erfolgt mündlich

## weitere Antragsteller\*innen

Christian Janssen (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Verena Vad (Berlin-Mitte KV); Konrad Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Fatos Topaç (Berlin-Kreisfrei KV); Urban Aykal (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Jakob Rudolph (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Wolfgang Schmidt (Berlin-Kreisfrei KV); Deniz Yildirim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sandy Nasr (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Claudia Schulte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Karsten Finke (Bochum KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Bertermann (Berlin-Mitte KV); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Jonas Boysen (Berlin-Mitte KV);

Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Erik Marquardt (Berlin-Treptow/Köpenick KV);  
Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Juliana Wimmer  
(Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kristin Kosche  
(Rhein-Lahn KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)